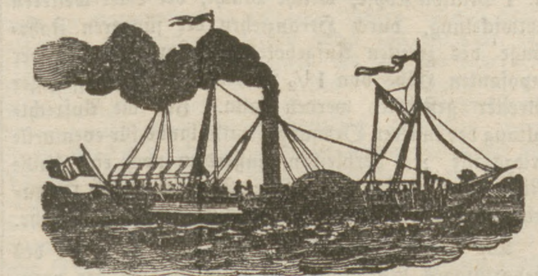
Danziger Dampfboot.

№ 73. **1867.**

Mittwoch, den 27. März. **38ster Jahrgang.**



Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Die verehrten Abonnenten des **Danziger Dampfboots** werden ersucht, ihre Bestellungen auf dasselbe für das zweite Quartal 1867 erneuern zu wollen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Dienstag 26. März.

Wie die „Amtszeitung" meldet, ist von einer Mission des Grafen Fleury in den hiesigen maßgebenden Kreisen nichts bekannt.

— Die „Wiener Abendpost" bemerkt, indem sie die jüngsten Auslassungen der „Nordd. Allgem. Ztg." über die Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen Oesterreichs zu Preußen reproduzirt: „Eingedenk des Ernstes, mit dem auch wir an dieser Stelle den gleichen Wunsch als den Intentionen der kaiserlich österreichischen Regierung entsprechend zum Ausdruck brachten, dürfen wir uns Angesichts solcher Emanationen wohl darauf beschränken, dieselben mit ungeheuchelter Befriedigung zu registriren." — Das Abendblatt der „Presse" theilt mit, daß heute der Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Holland abgeschlossen worden sei.

Bukarest, Dienstag 26. März.

Die Kammer hat die Verlegung des Cassationshofes nach Jassy mit 75 gegen 52 Stimmen genehmigt. Die Session der Kammer wird bis zum 11. April verlängert.

Belgrad, Dienstag 26. März.

Fürst Michael zeigt in einer Proklamation an, daß er am Donnerstage sich nach Konstantinopel begeben werde, um dem Sultan seinen Dank für die Räumung der Festung Belgrad abzustatten. Die einzige Bedingung für die Räumung sei das Aufpflanzen der türkischen Fahne neben der serbischen. — Während der Abwesenheit des Fürsten wird der Ministerrath die Regierung führen.

Haag, Dienstag 26. März.

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde das Kriegsbudget sowie die Reorganisation des Vertheidigungs-Systems mit 54 gegen 14 Stimmen bewilligt.

Paris, Dienstag 26. März.

Die Luxemburgische Angelegenheit steht noch immer im Vordergrunde der politischen Fragen. — Die „France" sagt: Wenn in der That Vorverhandlungen über die Abtretung Luxemburgs stattfänden, so müßten schon aus patriotischen Rücksichten die Zeitungen sich aller Konjekturen über diesen Gegenstand enthalten, welche die weiteren Schritte der Regierung kompromittiren könnten. — In ganz ähnlichem Sinne spricht „Pays" sich aus.

London, Dienstag 26. März.

In der gestrigen Oberhaus-Sitzung leugnet Lord Stanley das angebliche Eintreffen von unfreundlichen Depeschen von Seward in Betreff der Alabamafrage an das Unterhaus ab. Disraeli beantragt ohne jede Erklärung die zweite Lesung der Reformbill. Gladstone opponirt gegen die Lesung, wofern die Regierung keine weitgehenden Zugeständnisse mache.

— Im Unterhause ist die Debatte über die Reformbill vertagt, nachdem viele Redner an derselben theilgenommen; darunter waren jedoch nur wenige, welche die Bill als Ganzes warm vertheidigten.

Norddeutscher Reichstag.

19. Plenar-Sitzung. Dienstag, 26. März.

Präsident: Dr. Simson. — Eröffnung 10 Uhr. 5 Minuten. Am Tische der Bundes-Commissarien: Graf Bismarck. — Die Tribünen sind überfüllt. — In der Hofloge: Prinz Nicolaus von Nassau. — Eine Reihe von geschäftlichen Mittheilungen eröffnet die Sitzung. Die Abgg. v. Forckenbeck und v. Denzin sind in das Haus eingetreten. — Es wird in die Tagesordnung, in die Specialberathung über Art. 6 der Verfassungs-Urkunde für den norddeutschen Bund eingetreten. Art. 6 enthält die Bestimmung über die Bildung des Bundesraths und die Vertheilung der Stimmen innerhalb desselben. Die Stimmführung ist nach Maaßgabe der Vorschriften für das Plenum des ehemaligen deutschen Bundes vertheilt. — Es ist dazu eine große Zahl von Amendements gestellt. — Abg. Haberkorn spricht für die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage. v. Bockum-Dolffs dagegen. Abg. Braun (Wiesbaden) vertheidigt ein Amendement, welches die Beziehung auf den früheren deutschen Bund streichen will. — Abg. v. Vincke (Hagen) bezeichnet die Beziehung als unschädlich. — Bundes-Commissar Graf Bismarck: Man hätte die Stimmführung nach Maaßgabe der Bevölkerung einrichten können. Dies erschien nicht thunlich, da die Vertheilung für Preußen so ausfallen würde, daß die übrigen Regierungen kein Interesse mehr hätten, sich noch vertreten zu lassen. Die vorliegende Vertheilung hat den Vorzug, daß die Regierungen sich darüber geeinigt haben. Die Stimm-Vertheilung ist 50 Jahre alt und man hat sich daran gewöhnt. — Abg. Braun (Wiesbaden) zieht sein Amendement zurück; § 6 der Regierungs-Vorlage wird mit großer Majorität genehmigt. — Art. 7: „Jedes Mitglied des Bundes kann so viel Bevollmächtigte zum Bundesrathe ernennen, wie es Stimmen hat; doch kann die Gesammtheit der zuständigen Stimmen nur einheitlich abgegeben werden. Nicht vertretene oder nicht instruirte Stimmen werden nicht gezählt. Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und das Präsidium ist verpflichtet, dieselben der Berathung zu übergeben. Die Beschlußfassung erfolgt mit einfacher Mehrheit, mit Ausnahme von Beschlüssen über Verfassungs-Veränderungen, welche zwei Drittel der Stimmen erfordern. Bei Stimmengleichheit giebt die Präsidial-Stimme den Ausschlag." Zu diesem Artikel liegen zwei Amendements der Abgg. Lasker und Kratz vor. Der Erstere hat nur eine Redactionsverbesserung vorgeschlagen, während der Letztere beantragt, daß zu Verfassungs-Veränderungen auch im Reichstage eine Majorität von zwei Dritteln erforderlich sein soll. Nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Scherer, Lasker, Kratz und Windhorst betheiligen, wird abgestimmt. Das Amendement Kratz wird abgelehnt, das Amendement Lasker angenommen. Danach sind im Art. 7 die Worte: „Mit Ausnahme" bis „erfordern" gestrichen und an den Schluß des Artikels ist folgender Satz zugefügt: „Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung, jedoch ist zu demselben im Bundesrathe eine Mehrheit von zwei Drittel der vertretenen Stimmen erforderlich." — Art. 8 handelt von den aus der Mitte des Bundesrathes zu bildenden dauernden Ausschüssen. — (Die Bundes-Commissare v. d. Heydt und v. Savigny treten ein. In der Hofloge erscheint der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin.) — Nach den Bestimmungen des Art. 8 sollen die Mitglieder dieser Ausschüsse zu 1 und 2 (für das Landheer und die Festungen und für das Seewesen) durch den Bundesfeldherrn ernannt, die der übrigen vom Bundesrathe gewählt werden. — Abg. Dr. Zachariä beantragt, das Wort „Bundesfeldherrn" in „Bundes-Präsidium" umzuwandeln. — Abg. v. Hammerstein vermißt in der Nr. 2 (für das Seewesen) die Deutlichkeit, da darin nicht ausgedrückt sei, ob der Ausschuß für das gesammte Seewesen, für Handel 2c. oder lediglich für die Kriegsmarine gebildet werden solle. — Bundes-Kommissar Graf Bismarck: Schon daraus, daß die Mitglieder des Ausschusses für das Seewesen durch den Bundesfeldherrn ernannt werden sollten, gehe hervor, daß es sich hauptsächlich um die Kriegsmarine handle. Der Antrag Zachariä sei ein vollständig müssiger und nur geeignet, die Zeit des Reichstags nur unnöthig in Anspruch zu nehmen. — Abg. Bouneß beantragt die gänzliche Streichung des Art. 8, weil diese Ausschüsse mit der angestrebten Minister-Verantwortlichkeit nicht in Einklang zu bringen seien. — Abg. Twesten spricht für Beibehaltung des Art. 8. (In der Hofloge erscheinen der Kronprinz und die Kronprinzessin, der Großherzog und die Großherzogin von Baden und der Großherzog von Weimar.) — Abg. Dr. Rée führt aus, daß der Bundesrath, in der vorgeschlagenen Weise genehmigt, für die Zukunft es unmöglich mache, die Minister-Verantwortlichkeit herzustellen. Stelle man neben den König noch einen unverantwortlichen Bundesrath hin, so theile man die Majestät. Der Redner entwickelt hierauf die Theorien über die Minister-Verantwortlichkeit und protestirt schließlich gegen den Beschluß des Hauses, welcher die Grundrechte aus der Verfassung gestrichen. — Präsident Simson: Ein solcher Protest ist unzulässig. Ein Beschluß des Hauses ist Gegenstand der Achtung für jedes Mitglied des Hauses. (Bravo!) — Abg. v. Bennigsen für Art. 8, weil es nicht Aufgabe des Reichstages sein könne, in dem Stadium der Entwicklung dem Entwurfe eine wesentlich andere Fassung zu geben. — Abg. Dr. Zachariä vertheidigt sein Amendement. Ich kann dem Hrn. Präsidenten der Bundes-Kommissarien nicht das Recht zugestehen, die von mir gestellten Anträge als müssige zu bezeichnen und unter die Kategorie derjenigen Anträge zu stellen, die darauf gerichtet sind, die Zeit des Hauses unnöthig in Anspruch zu nehmen. Ich muß gegen eine solche Insinuation entschieden Protest einlegen. Eine solche Aeußerung ist eben so unberechtigt, als wenn ich behauptete, der Verfassungs-Entwurf bezweckt die Herstellung einer Militair-Diktatur mit etwas parlamentarischem Bismarck. — Bundes-Kommissar Graf Bismarck: Der Herr Vorredner hat sich ganz unnöthig echauffirt, denn ich habe ihm keine juristische Spitzfindigkeiten vorgeworfen. Ob ich Recht habe, wenn ich sage, daß dergleichen Anträge uns aufhalten, darüber appellire ich an ihn selbst. Bundes-Präsidium und Bundes-Feldherr ist ein und dieselbe Person, und es wird wohl ganz gleich sein, wenn ich sage: der Abg. Zacharia, der Dr. Zachariä oder der Professor Zachariä. Jedermann weiß, wen ich meine. (Heiterkeit.) — Die Discussion wird geschlossen. Art. 8 wird in der Fassung der Vorlage genehmigt. (Abg. Zachariä zieht seinen Antrag zurück.) Die Art. 9 und 10 werden ohne Diskussion angenommen; dieselben lauten: Art. 9. Jedes Mitglied des Bundesrathes hat das Recht, im Reichstage zu erscheinen, und muß daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrathes nicht adoptirt worden sind. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrathes und des Reichstages sein. Art. 10. Dem Bundespräsidium liegt es ob, den Mitgliedern des Bundesrathes den üblichen diplomatischen Schutz zu gewähren. — Es folgt die Spezialdiskussion über Abschnitt IV. (Art. 11 bis 20) „Bundespräsidium." Art. 11 lautet: Das Präsidium des Bundes steht der Krone Preußen zu, welche in Ausübung desselben den Bund völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Bundes Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen berechtigt ist. In soweit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Art. 4 in den Bereich der Bundesgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrathes erforderlich. Plank und Wächter sprechen für die Verantwortlichkeit der Minister, welche auch im Interesse der Regierung sei. Dagegen kann der letzte Redner der Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers nicht beistimmen. Gerber lobt den realistischen Boden, worauf der Entwurf stehe. Der Bundeskanzler sei eigentlich Bundesminister und verantwortlich, gleichviel ob es ausdrücklich ausgesprochen sei oder nicht, eines Bundesministeriums bedürfe es vorläufig nicht. — Grumbrecht sagt, die Ministerverantwortlichkeit sei der Grenzstein jeder Verfassung. Lasker erklärt sich im Wesentlichen mit dem Amendement von Bennigsen einverstanden, welches eine kräftige Executive konstituirt. — Der Bundespräsident würde danach die Macht, wenn auch nicht den Titel eines Kaisers haben. Zwischen diese Gewalt und die Legislative müsse eine Verantwortlichkeit vermittelnd eingeführt werden. Vincke (Hagen) meint, Verantwortlichkeit sei nur für die an Preußen übertragene völkerrechtliche Vertretung, sowie für Krieg und Frieden denkbar. Gneist erörtert auf das Ausführlichste die rechtliche politische Verantwortlichkeit

und empfiehlt die Regierungsvorlage, indem er sich vorbehält, für den ersten Theil des Amendements von Bennigsen zu stimmen. Ein Amendement Aufeld's, welches ein verantwortliches Bundesministerium verlangt, wird mit 177 gegen 86 Stimmen abgelehnt. Artikel 11 mit einem Amendement von Lette, wonach Staatsverträge außer der Genehmigung des Bundesraths auch die des Reichstages haben müssen, wird angenommen.

Graf Bismarck

tritt gewöhnlich kurz nach Beginn der Sitzung durch die Thür dicht neben dem Präsidentenstuhle in den Reichstag, macht eine kurze Verbeugung vor dem Präsidenten, die dieser stehend — Simson steht fast die ganze Sitzung hindurch — ehrerbietig erwidert und begiebt sich dann nach der Ministerbank, wo er den ersten Platz einnimmt. Die Generale, der hohe Adel und die hohen Beamten, welche die ersten Plätze des Parlaments einnehmen, versäumen nie, sich zum Gruß zu erheben. Auf der Linken sitzen zunächst einige Polen und katholische Priester, die fast niemals dem Beispiele der Rechten folgen. Trägt Graf Bismarck die Uniform seines schweren Landwehr-Kavallerie-Regiments, so verfehlen gewissenhafte Korrespondenten nicht, dies eigentlich nur für seinen Kammerdiener wichtige Ereigniß hervorzuheben. Er erhebt sich zum Sprechen. Sofort geht ein langes Zischen zum Ruhebitten durch den Saal. Soll ich nun aufrichtig sein, so entspricht Graf Bismarck der einen Anforderung, die man an einen guten Redner stellen muß, der Eleganz in der Form der Rede, nicht. Schön gebaute Perioden, glatten Styl, wohltuendes Organ findet man an ihm nicht; ja, wenn er erregt wird, verliert er nicht selten den Faden, fällt aus der Konstruction, hastet etwas, verspricht sich auch nicht selten, mit Einem Worte: er ist kein druckfertiger Redner. Trotzdem wirkt das, was er sagt, meist ungeheuer. Die Vorzüge liegen wo anders. Sein Organ ist scharf, sein Styl spitz, kurz, gedrungen, oft in blendenden Gegensätzen, scharf und schneidig. Man wird ihn selten auf einer Wiederholung ertappen, jedes Wort hat seine Bedeutung. Es ist ihm vor Allem eine ungemeine Bildlichkeit des Ausdruckes eigen; er weiß, daß ein frappantes Bild sich den Sinnen besser einprägt, als eine lange elegante Auseinandersetzung. Daher kommen von ihm eine Menge „geflügelter Worte", ich brauche nur an „Blut und Eisen", „katilinarische Existenzen", „Luxus einer liberalen Regierung" u. s. w. zu erinnern. Er sucht und findet seine Bilder in allen Zweigen des öffentlichen Lebens, und oft hat er mehrere für eine und dieselbe Sache, sie scheinen sich ihm von selbst aufzudrängen. Doch das Alles ist nur äußerlich; der Hauptwerth und die Wirkung seiner Reden beruht auf der Schwere der Gedanken, in den weittragenden politischen Perspektiven, in den staatsmännischen Anschauungen, von denen jede seiner Reden getragen ist und die ihm mühelos emporzuquellen scheinen. Daß er ein Berliner ist, zeigt sich mit darin, daß er, wo es geht, einen Witz anbringt. Reizt ihn ein Redner, so schreibt er schnell eine kurze Bemerkung, wahrscheinlich das Schlagwort, auf; rückt ihm ein Gegner immer näher auf den Leib, wie es neulich Seitens Hrn. v. Münchhausen's geschah, dessen Rede gleichfalls eine außerordentliche Wirkung hatte, weil sie, mit sonorem Organ, in klassischer Form und Ruhe vorgetragen, offenbar der Ausfluß der tiefinnersten Ueberzeugung dieses Mannes war, und die den Grafen um so unangenehmer berührte, als sie fast unmittelbar auf seine erste Rede folgte, so scheint den Minister-Präsidenten das Nervenleiden zu affiziren, das ihn zeitweilig an's Zimmer fesselt. Man hat mir versichert, daß Graf Bismarck nie so leidenschaftlich erregt gesprochen hat, wie gegen Herrn v. Münchhausen. Seine Stimme war gereizt, seine Bewegungen hastig, seine Worte heftig, das Auge blitzte. Es war eine aufgeregte Scene.

Politische Rundschau.

Die Wehrkraft des norddeutschen Bundes erhält durch die zum Abschluß gekommenen Bündnißverträge mit Bayern, Baden und Württemberg einen Zuwachs von ca. 86,798 Mann. Hiervon kommen auf Bayern 53,400, Württemberg 21,058 und Baden 12,340 Mann. Für den Fall einer Mobilmachung stellen sich die Totalkräfte der für den Feldgebrauch verwendbaren Truppen dieser drei Staaten auf 148,023 Mann heraus. Mit Einschluß genannter Armeen, sowie der sächsischen (zukünftig 12. norddeutsches Armee-Corps) und der übrigen Militär-Contingente der norddeutschen Bundesstaaten (diese letzteren auf Höhe von zusammen 21,474 Köpfen berechnet) wird zukünftig der Friedenspräsenzstand der zum Schutze Deutschlands vereinigten Armeen der verbündeten Staaten sich auf 513 Bataillone Infanterie, 29 Bataillone Jäger und Schützen, 489 Escadrons Cavallerie (bei der preußischen Armee durchgehend zu 5 Escadrons berechnet), 263 Batterien Artillerie, mit ca. 1152 Geschützen, 108 Festungs-Artillerie-Compagnien, 66 Compagnien Pionniere und Genietruppen und 14 Train-Bataillone, mit zusammen 400,310 Mann belaufen. Bei dieser Zahl participirt Preußen nach dem neuen norddeutschen Wehrverfassungsentwurf mit 292,048 Mann. Für den Fall einer Kriegsrüstung steigern sich obige Streitkräfte, unter Formation der 4. Bataillone bei der preußischen Armee, sowie der Ersatztruppentheile, und nur auf die Landwehr 1. Aufgebotes beschränkt, auf ca. 1 Million Köpfe, welche Macht, bei einer weiteren Entwickelung, durch Heranziehen der jüngeren Jahrgänge des zweiten Aufgebotes der Landwehr, zu der imposanten Höhe von $1^1/_2$ Millionen feldkampffähiger Streiter gesteigert werden kann. Für die Aufrechthaltung der inneren Ordnung Deutschlands für eventuelle Kriegsfälle 2c. verbleiben außerdem noch eine halbe Million militärisch organisirter Truppen durch Heranziehung von Kräften aus dem 2. Aufgebot der Landwehr.

Aus Dresden wird berichtet, daß die Feier des Geburtstages des Königs Wilhelm Seitens der preußischen Garnison den sächsischen Particularisten mehrfach Gelegenheit zu läppischen Demonstrationen bot. Besonders wurden die Tänzerinnen der Soldaten verhöhnt, ja nicht selten insultirt; eine Schaar Gassenbuben brachte vor der Büste des Königs Wilhelm ein Hoch aus auf „Johann, den Kaiser von Deutschland!"

Man glaubt allgemein, daß die Königin Marie von Hannover nach den sehr deutlichen Winken, die ihr Graf Bismarck kürzlich mit Recht gegeben hat, jetzt endlich sich bewogen fühlt, die Marienburg zu verlassen und nach Hietzing an die Seite ihres blinden Gatten sich zu begeben. — Die Junker wühlen stärker als je gegen Preußen.

Aus Wien wird geschrieben, es sei wahr, daß man dort sowohl als in Paris erst acht Tage vor Veröffentlichung der Bündnißverträge Preußens mit den süddeutschen Staaten Kenntniß von denselben erhalten, so sehr auch beeinflußte Organe darzuthun suchten, die österreichische Diplomatie habe längst um deren Bestehen gewußt. Es wird dann ferner mitgetheilt, daß, als in Paris die Nachricht von der Existenz jener Verträge unerwartet eingetroffen sei, man dem Wiener Cabinet einen gemeinsamen Protest gegen diese Art der Auslegung des Prager Friedens vorgeschlagen hätte. Herr v. Beust aber habe eine Ahnung davon gehabt, der Oesterreich auf diese Weise für Frankreich die Kastanien aus dem Feuer holen sollte, und deshalb in sehr verbindlicher Weise für die Ehre gedankt. So sei der Protest unterblieben und ein Rückschlag in Paris erfolgt; denn nach Privatbriefen von dort habe man alsbald die etwas zugeknöpfte Haltung gegenüber Preußen geändert und im eigentlichen Sinne des Wortes gethan, „als ob nichts vorgefallen wäre."

So viel schon über die luxemburgische Angelegenheit geschrieben und gesprochen worden, Eines ist weder von Berlin, noch von Paris aus, noch selbst im Haag irgendwie entschieden in Abrede gestellt worden, daß nämlich Verhandlungen über dieses Land zwischen Frankreich und Holland einerseits und bezügliche Besprechungen zwischen Frankreich und Preußen andererseits stattgefunden haben. Ja, noch mehr, wir wissen bestimmt, daß noch jetzt sowohl die Verhandlungen, als die Besprechungen, deren Mittelpunkt Frankreich ist, fortdauern. Graf Bismarck war daher im Parlamente durchaus dazu berechtigt, zu erklären, er habe niemals drohende Forderungen 2c. an Holland gerichtet oder sonstwie mit unserem Cabinet über diesen Gegenstand verhandelt. Aber auf der anderen Seite wird man auch nicht übersehen dürfen, daß der preußische Ministerpräsident mit keiner Sylbe sich gebunden hat, die Abtretung Luxemburgs via Holland an Frankreich als ein Ding der Unmöglichkeit zu bezeichnen, das Preußen nimmer geschehen lassen werde.

Dagegen wird aus Luxemburg selbst geschrieben, daß man dort von Verhandlungen über einen Verkauf des Landes nichts wisse; doch meldet man gleichzeitig, daß sich seit einiger Zeit ein französischer Sousprésect in Luxemburg aufhalte, der in den ersten Familien der Stadt Besuche mache und sehr häufig die Frage stelle, ob man glaube, daß bei einer Abstimmung das Land sich eher für Frankreich als für Preußen aussprechen werde. Alle diese Gerüchte und Nachrichten scheinen wenigstens dafür zu sprechen, daß Verhandlungen wirklich stattgefunden haben. Was den Ausfall einer Abstimmung im Großherzogthum betrifft, so hält man es noch für zweifelhaft, auf welche Seite ein solcher sich neigen würde; in den höheren Klassen, meint man, in welchen die französische Sprache vorzugsweise gesprochen wird, dürfte man größere Inclination zu Frankreich haben, doch würden schließlich wohl die augenscheinlichen Vortheile des deutschen Zollvereins den Ausschlag geben, wenn man eine Alternative in diesem Sinne stellen könnte. Am Liebsten blieben freilich die Luxemburger für sich.

In Paris ist die von einer Commission angestellte Prüfung des Gesetzes über die Heeres-Reorganisation für den Regierungsentwurf nicht besonders günstig ausgefallen, und man sieht ganz wesentlichen Abänderungen, wenn nicht gar einem von ganz entgegengesetzten Ansichten getragenen Gegenentwurf des gesetzgebenden Körpers, sowie sehr heftigen Debatten entgegen. Die Majorität ist im Ganzen für Beibehaltung des jetzigen Wehrsystems, das man ja nach den „neu geschaffenen neuen Bedürfnissen entsprechend „entwickeln" könne. Daß das Gesetz „im Princip" angenommen, doch mit gründlichen Veränderungen versehen durchgeht, ist alles, was selbst in Hofkreisen erwartet wird.

Ueber die Vorschläge, welche die drei Schutzmächte in Constantinopel behufs Herstellung eines Regierungssystems zur gleichzeitigen Befriedigung der christlichen und muselmanischen Elemente der europäisch-türkischen Provinzen gemacht haben, erfährt man aus Paris jetzt folgendes Speciellere: In jeder dieser Provinzen soll unter dem Namen „Vilayet" eine Behörde zur Verwaltung derselben eingesetzt werden. Dieselbe besteht aus einem „Vali", d. i. einem muhamedanischen General-Gouverneur, einem politischen Director, der obligatorisch von christlicher Religion ist, und sechs anderen Mitgliedern, von denen je drei jeder der beiden Religionen angehören. Dieses neue System ist soeben in Bulgarien versuchsweise eingeführt worden, um, wenn es günstige Resultate liefert, auch auf die Provinzen mit gemischter Bevölkerung übertragen zu werden. Die Christen, welche dem Vilayet zugetheilt werden, müssen der „eingeborenen Race" angehören, während die bloße Eigenschaft der Religionsgleichheit nicht genügt, um zur Theilnahme an dieser Behörde berufen zu sein. Auf diese Weise wurde in Bulgarien der ganze hohe Clerus, der griechischer Herkunft ist, bei Seite geschoben, da der Vilayet sich nur aus bulgarischen Christen und Muhamedanern rekrutiren darf. Dies scheint auch den Wünschen der christlichen Bulgaren zu entsprechen, da die niedere Geistlichkeit allein aus Eingeborenen besteht, und sie überdies eben so sehr fürchten, von dem hohen Clerus als von den Muhamedanern gemaßregelt und bedrückt zu werden. —

Ricciotti Garibaldi, der mit etlichen Genossen in der Absicht, sich am kretischen Aufstande zu betheiligen, in Athen eintraf, ist von dem dortigen Ausschusse der Candioten und Epiroten kühl empfangen worden; man hat ihm angeblich erklärt, daß die Griechen „seit die Mächte und namentlich Frankreich sich ihrer so wohlwollend annehmen, es für Pflicht halten, sich von jeder Gemeinschaft mit der Revolution fern zu halten, und daß man sich folglich alle seine Anerbietungen und Hilfsmittel verbeten haben wolle."

Das italienische Ministerium ist in einer Neubildung begriffen; wahrscheinlich wird Ratazzi wieder das Portefeuille des Innern übernehmen, während Ricasoli als Minister ohne Portefeuille den Vorsitz führt. Auf diese Weise hofft man ein Ministerium der Linken zu vermeiden. — Die Deputirten sind nach beendeten Wahlen aufgefordert, ihre Sitze im Parlamente schleunigst einzunehmen.

Aus Petersburg verlautet, man denke dort gar nicht an ein thätiges Eingreifen zur Lösung der orientalischen Frage, hoffe vielmehr, daß ohne Zuthun Rußlands die Entscheidung durch die Unterthanen des Sultans herbeigeführt werden dürfte. An moralischer Unterstützung läßt man es jedoch nicht fehlen.

— Bei Gelegenheit der Geburtstagsgratulation hat unser König auch dem königl. Staatsministerium in tief empfundenen Worten seinen Dank für die Mitwirkung, die die Minister ihm haben zu Theil werden lassen, ausgedrückt. Se. Majestät äußerte sich dann etwa dahin, daß die preußischen Waffen den deutschen Boden durchgepflügt hätten, daß es nun aber darauf ankommt, in dem zubereiteten Lande zu säen und zu ernten. Das sei seine Aufgabe für die Jahre, die Gott ihm noch verleihen werde, zur Lösung derselben bedürfe er aber der ferneren kräftigen Unterstützung der Minister, auf die er rechne.

— Der König wurde an seinem Geburtstage durch einen Relief-Gypsguß, „das Terrain der Schlacht von Königgrätz treu darstellend", überrascht. Der Generalstab hat dies Relief nach den Aufnahmen der Ingenieur-Geographen im Längen-Maaßstabe von 1/25000 und fünffachem Höhen-Maaßstab, nach äquidistanten Horizontalen anfertigen und koloriren lassen. Der König hat sich sehr erfreut über die äußerst korrekte Arbeit geäußert. Die Ausstellung der

Truppen ist in dem Modell, das nach ohngefährer Schätzung 50 bis 60 Quadratfuß einnimmt, noch nicht erfolgt, da für die verschiedenen Gefechts-Momente die amtlichen Feststellungen noch nicht völlig beendigt sind.

— Aus allen Städten der neu einverleibten Landestheile kommen Festberichte über die Geburtstagsfeier des Königs, welche besonders den Umstand betonen, daß alle Klassen der Bevölkerung an denselben Theil nahmen und so ein schönes Zeugniß dafür ablegten, daß sie sich mit der neuen Ordnung der Dinge vollständig ausgesöhnt haben.

— Der Prinz Friedrich von Hessen-Kassel war mit seiner Gemahlin, Tochter des Prinzen Karl, am Tage vor dem Geburtsfeste Sr. Maj. des Königs unerwartet in Berlin eingetroffen. Wie wir hören, ergriff der Prinz mit Erfolg die Initiative, um die zwischen ihm und dem Berliner Hofe bestehenden Differenzen zu beseitigen.

— Es verlautet, daß die Anwesenheit des Erb-Prinzen von Reuß j. L. in Berlin den Zweck habe, das Fürstenthum an Preußen abzutreten.

— In den Berliner diplomatischen Kreisen will man von einem sehr schmeichelhaften Schreiben wissen, das der Kaiser Louis Napoleon an den Minister-Präsidenten Grafen Bismarck gerichtet hat.

— Die Präsidentenwahl im Reichstage für die Dauer der Session wird am Sonnabend stattfinden; die Wiederwahl des bisherigen Präsidiums ist mit Gewißheit vorauszusehen. Man bringt das verzögerte Eintreffen des Abg. v. Forckenbeck mit dem Umstande in Verbindung, daß derselbe die Wahl nicht auf seine Person zu lenken wünscht, andererseits heißt es, daß ihn Krankheitsfälle in seiner Familie zurückgehalten.

— Die Annahme des norddeutschen Verfassungs-Entwurfes mit einigen Modifikationen ist, wie die Abgeordneten theils freudvoll verkünden, theils leidvoll zugestehen, gesichert. Man erwartet, daß schon zum Auferstehungsfeste das Parlament seine Aufgabe, wie es dieselbe betrachtet, gelöst haben werde.

— Die vielfachen Schlußanträge, mit denen die Majorität des Reichstages die Minorität bisher vom Worte ausgeschlossen haben, riefen große Mißstimmung hervor, so daß die Linke allerdings die Absicht hatte, für den Fall, daß dem Unwesen nicht gesteuert würde, in corpore das Mandat niederzulegen. Dieser Entschluß ist noch von der Annahme oder Ablehnung des Geschäftsordnungs-Antrages abhängig gemacht.

— Im Handels-Ministerium wird gegenwärtig, wie wir vernehmen, der Gesetzentwurf über die Herabsetzung des Briefportos in der Weise umgearbeitet, daß die von dem Landtage in der letzten Session erhobenen Bedenken möglichst berücksichtigt werden sollen.

— In die Kieler Flotten-Division sind reichlich 100 Hannoveraner eingetreten.

— Die im Pariser Ausstellungsgebäude beschäftigten preußischen Arbeiter gewahren, daß die Franzosen sie nicht gerade allzu höflich behandeln. Man legt ihnen allerhand Hemmnisse in den Weg, die so kleinlicher Art sind, daß sich gar nicht darüber sprechen läßt.

— In den Communen Frankreichs wird in den Mairien angeschlagen, daß für die Besucher aus dem Arbeiterstande während der Ausstellung 20,000 Betten à 1 Fr. 55 Cent. für die Nacht bereit stehen.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 27. März.

[Stadtverordneten-Sitzung vom 26. März.] Vorsitzender Herr Kommerzienrath Th. Bischoff, der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Bürgermeister Dr. Linz und die Stadträthe Strauß und Hirsch. Mehrere Dankschreiben für ertheilte Remunerationen werden entgegengenommen. Der Herr Minister des Innern theilt mit, daß er bezüglich eines Magistrats-Antrages nicht in der Lage sei, den Hrn. Oberbürgermeister v. Winter von dem Nachweise eines zehnjährigen Grundbesitzes zu befreien resp. zur Dispensation in Vorschlag zu bringen, vielmehr der diese Bedingungen erfüllende Kaufmann R. Damme als dritter Provinzial-Landtags-Abgeordneter einberufen werden würde. Herr Damme ersucht die Versammlung, sich bei diesem Bescheide nicht zu beruhigen, sondern die Dispensation für den Herrn Oberbürgermeister direkt bei Sr. Maj. dem Könige nachzusuchen, umsomehr als es nothwendig sei, gerade einen tüchtigen Fachmann, zum Schutze gegen Ueberbürdung der Stadt an Provinzialleistungen, als Abgeordneten zu deputiren. Auf den Wunsch des Herrn Breitenbach wird eine Kommission zur Berathung dieser Angelegenheit ernannt. — Für die Einrichtung der Beleuchtung der Wallstraße in der Verlängerung der großen Bäckergasse werden 415 Thlr. aus der Gas-Anstalts-Kasse und für das Beleuchtungs-Material 19 Thlr. 18 Sgr. pro Anno aus der Kommunalkasse bewilligt. Den Bericht über die Etats-Revision erstattet Hr. Damme, und wird von demselben erwähnt, daß der Servis-Etat auf 20,300 Thlr., der Kaufschoß auf 10,000 Thlr., die Einnahme vom Bleihof auf 4000 Thlr., die Einnahme aus der Klapperwiese auf 876 Thlr., die Hafenabgaben auf 8000 Thlr. und die Hundesteuer auf 1500 Thlr. zu veranschlagen ist. Bezüglich der Ausgaben sind die 120 Thlr. für die Feier des Johannis-Festes abzusetzen und von der jedesmaligen Bewilligung abhängig zu machen, dem Chausseebaufonds 1700 Thlr. zuzusetzen, die Polizei-Unterhaltungskosten auf 3563 Thlr. festzusetzen, 70 Thlr. für Einkassiren der Hundesteuer auf den Etat zu bringen und 10,000 Thlr. auf den Tit. Extraordinarium auszuwerfen. Der Stadt-Haushaltsabschluß liefere ein schlechtes Resultat, indem sich noch 28,000 Thlr. Kommunalsteuer-Rückstände und außerdem ein Deficit an der Einnahme im Betrage von 11,000 Thlrn. ergeben habe. Dasselbe erkläre sich aus den verminderten Einnahmen und erhöhten Ausgaben, und wenngleich der Grund- und Bodenbesitz der Stadt mehr eingebracht, so habe diese Einnahme doch das Deficit nicht unvermeidlich machen können. Beispielsweise habe die Armenpflege in früheren Jahren 67,000 Thlr. absorbirt, während im vorigen Jahre 106,000 Thlr. dafür aufgewendet worden sind. Es sehe sich daher die Revisions-Commission nach reiflicher Erwägung in die Nothwendigkeit versetzt, den Antrag auf Ausschreibung einer dritten Rate Kommunalsteuer zu stellen. Herr J. C. Krüger erklärt, daß dieser Antrag hätte auf die Tagesordnung gebracht werden müssen, er sei zu vertagen, da es sonst den Anschein gewinne, als habe man über diese wichtige Frage gelegentlich bei der Etats-Berathung Beschluß gefaßt. Die Herren Goldschmidt und Röpell weisen nach, daß die Nothwendigkeit einer dritten Rate Kommunalsteuer schon seit längerer Zeit erörtert sei. Hr. J. C. Krüger zieht seinen Vertagungs-Antrag zurück und Hr. Dr. Liévin spricht noch den Wunsch aus, eine Erleichterung für Unbemittelte dadurch herbeizuführen, daß die Steuerrate getheilt erhoben werde. Herr Stadtrath Strauß giebt zu bedenken, daß dadurch eine Vermehrung des Einsammler-Personals nothwendig werde. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung bezüglich des Kommissionsantrages entscheidet sich die Majorität für denselben. Schließlich wird noch eine Kommission aus den Herren Damme, Rickert, Linck, Haußmann, Goldschmidt und Gibsone gebildet, welche über die Mittel zur Aufbesserung der Kommunal-Einnahmen berathen soll.

— Vom 1. Juli 1867 ab darf in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen, Sachsen, Westfalen und in der Rheinprovinz von Neuanziehenden ein Einzugs- oder Eintrittsgeld oder eine sonstige besondere Kommunal-Abgabe wegen des Erwerbes der Gemeindeangehörigkeit (der Niederlassung am Orte) nicht mehr erhoben, auch kein Rückstand einer solchen Abgabe mehr eingefordert werden.

— Dem Stadt- und Kreis-Gerichtsrath Thiele hierselbst ist der Rothe Adler-Orden vierter Klasse verliehen worden.

— Die Einführung des Herrn Predigers Lange findet nicht, wie wir gestern mittheilten, nächsten Montag, sondern bereits Sonntag statt.

— Diejenigen Wähler unseres Stadtbezirks, welche sich für die definitive Wahl des Herrn Justizrath Dr. Martens interessiren, werden sich am Freitag, Abends 7½ Uhr, im Selonke'schen Etablissement in freier Vereinigung über die organisatorische Thätigkeit berathen.

— Die türkische Zeitung „La Turquie" spricht ihren Dank für die Hilfe aus, welche die zu Smyrna befindlichen preußischen Kriegsfahrzeuge bei Gelegenheit des Erdbebens auf Meteline den Verunglückten geleistet haben. „Inmitten des Unglücks", sagt das Blatt, „welches die Bevölkerung der Insel Meteline betroffen hat und die energischen Anordnungen der Fürsorge für die Bewohner Seitens der kaiserlichen Regierung hervorrief, ist es trostreich, den Eifer wahrzunehmen, mit welchem außerdem die fremde Marine Hilfe zu bringen sich beeilte. Wir erfahren, daß das preußische Kanonenboot der „Blitz", Commandant Jung, eines der ersten Schiffe war, das sich mit Aerzten nach den gefährdeten Ortschaften begab und 50 Verunglückte nach Smyrna überschiffte. Unmittelbar darauf empfing die preußische Corvette die „Gazelle", Commandant Henk, welche kaum vor 24 Stunden in Smyrna angekommen war, von der preußischen Gesandtschaft in Konstantinopel die Aufforderung, nach Meteline zu dampfen, um dort diejenige Hilfe zu bringen, welche die Umstände erforderten und die Mittel gestatteten."

— Sr. Maj. Schiff „Niobe" hat, von Puerto Espanna auf Trinidad kommend, Aux Cayes (Hayti) und Port au Prince berührt und ist am 24. v. M. auf der Rhede von Port Royal (Jamaica) angekommen. Von dort aus sollte in den ersten Tagen dieses Monats die Rückreise nach Europa angetreten werden.

— Bezüglich des am 23. d. M. von dem Personal der Kgl. Gewehrfabrik festlich begangenen 50jährigen Bestehens dieser Fabrik, verbunden mit der Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs, haben wir unserm Berichte vom Montag noch zuzufügen, daß, nachdem vom Herrn Fabrik-Direktor im Fabrikgebäude eine Ansprache gehalten und der Jubelwunsch ausgebracht worden war, zur freudigen Ueberraschung des Personals einer der älteren Gesellen zu Ehren des Tages zum Meister ernannt wurde. Nachdem in corpore unter Führung des Altersmeisters das Festlokal erreicht, die geladenen Ehrengäste, unter denen der Herr Stadtkommandant, der Herr Regierungspräsident und Herr Prediger Karmann sich befanden, bewillkommnet, von den vielfach eingegangenen Glückwünschen auswärtiger Interessenten Kenntniß genommen und die Dekorirung des seit 40 Jahren in der Fabrik als Equipeurmeister wirkenden Herrn Stetzelberg mit dem Allerhöchst ihm verliehenen allgemeinen Ehrenzeichen erfolgt war, hatte das Fest nach dem bereits mitgetheilten Programm einen zu allseitiger Befriedigung gereichenden Verlauf.

— In der morgigen Sitzung des Gewerbevereins wird Herr Dr. Lampe einen Experimental-Vortrag über „Töne und Klänge" halten.

— [Theater.] Die gestrige Benefiz-Vorstellung für Frau Scholz hatte nach längerer Pause das Theater wieder einmal etwas besser gefüllt. Offenbach's lustiger „Orpheus in der Unterwelt" findet noch immer sein Publikum, umsomehr wenn die Besetzung der Posse eine so vorzügliche ist, wie es gestern der Fall war — hatte sie doch fast sämmtliche Opern- und Schauspielkräfte in Anspruch genommen, von denen Jedermann so viel Humor in seine Rolle zu legen suchte, als er solchen eben besitzt. In dieser Hinsicht steht denn wohl unser Scholz obenan. Sein Lied des Prinzen von Arkadien wollte wegen der Da-Capo-Rufe gar kein Ende nehmen. Es erfreute sich überhaupt die ganze Vorstellung eines allgemeinen Beifalls.

— Das zweite Auftreten des Kaiserl. Russ. Hof-Schauspielers, Hrn. Alex. Köckert, findet nicht Donnerstag, sondern Freitag den 29. d. statt. Das reizende Lustspiel: „Stille Wasser sind tief" ist mit den besten Kräften unserer Bühne besetzt, und so steht bei dem Zusammenwirken mit dem geehrten Gaste uns ein gutes Ensemble in Aussicht.

— In dem gestrigen dritten und Schlußvortrage des ersten Cyklus zeigte Herr W. Finn die Wirkungen des galvanischen Stromes auf Eisen, Zink, Platina und Stahl und machte bei den Glühexperimenten auf die verschiedenen Färbungen der Metalle aufmerksam. Beiläufig bemerkte Herr Finn, daß die Kosten der Herstellung der elektrischen Batterie für einen Experimentalvortrag nicht unerheblich seien und der Verbrauch an Säuren 2c. sich auf 9½ bis 10 Thlr. berechne. Nunmehr ging der Experimentator auf die Verwendung des elektrischen Lichtes Behufs Erleuchtung eines Raumes über und erwähnte, daß dies Problem dadurch glücklich gelöst sei, daß man in den Rußmassen der Retorten von Gasanstalten ein Medium gefunden habe, welches durch Berührung mit den Leitungsdrähten der elektrischen Batterie ein den Sonnenstrahlen an Intensivität fast gleichkommendes Licht entwickele. Die vorgeführten Experimente bestätigten dies vollständig, indem die gleichzeitig entwickelte Lichtquelle des Magnesiums dagegen einen sichtbaren Schatten warf. Interessant war hierbei noch besonders, daß beim Wechseln der Leitungsdrähte von ober- nach unterhalb der Lichtquelle, letztere ihre Intensivität dem entsprechend in der Höhe resp. an dem Boden am Stärksten zeigte. Für die Photographie ist diese Lichtquelle wegen zu starker Intensivität nicht nutzbar zu machen, sondern das Magnesiumlicht praktischer. Hierauf ertheilte Herr Finn in belehrender Form Aufklärungen über das Wesen der Spektralerscheinungen, verbreitete sich dann über die Spektralanalyse und beschrieb seinen Apparat, welcher geeignet sei, dem gesammten Auditorium gleichzeitig die durch Metallverbrennungen prismatisch erzeugten Farbenbilder zur Anschauung zu bringen; doch leider könne er die nur im Sonnenlicht vorhandenen Frauenhoferschen Linien nicht erzeugen. Es folgten nunmehr Experimente mit Caeslum, Natrium, Calcium, Strontium und Rubinium. Das in Freiberg entdeckte neue Metall Indium gelangte nicht zur Verwendung, da dasselbe zu kostspielig sei, indem beispielsweise 1 Pfd. desselben, welches von der sächsischen Regierung zur Weltausstellung nach Paris gesandt ist, 47,000 Thlr. koste. Den Schluß des höchst interessanten Vortrages bildete eine brillante Beleuchtung vermittelst des elektrischen Lichtes unter Zuhilfenahme eines Hohlspiegels und farbiger Gläser, so wie die Darstellung von Landschaften und Photographien durch die Laterna magica in natürlicher Größe. Mit der größten Bereitwilligkeit zeigte Herr Finn nach dem Vortrage jedem sich dafür Interessirenden seine kostbaren Apparate noch näher.

— In der vorigen Woche kamen auf dem hiesigen Fischmarkte die ersten Lachse vom Frühlingsfange an. Diese Waare konnten indessen unbemittelte Leute nicht erstehen; sie wurde nämlich pr. Pfd. mit 17 Sgr. 6 Pf. bezahlt.

— [Weichsel-Trajekt vom 26. März.] Terespol-Culm per Kahn nur bei Tage; Warlubien-Graudenz gänzlich unterbrochen; Czerwinsk-Marienwerder unterbrochen. Uebergang bei Thorn.

Marienburg. Am künftigen Dienstag wird unsere diesjährige Theater-Saison durch die Gesellschaft des Herrn Direktor Wölfer eröffnet, und zwar mit einem Prologe, gesprochen von Frl. Braunschweig.

— Eine komische Scene ereignete sich dieser Tage an dem hiesigen Gerichtsgefängniß. Ein Gefangener versuchte Nachts durch ein Fenster zu entfliehen, blieb

aber zwischen den Eisenstangen desselben stecken, so daß er weder heraus noch zurück konnte. So wurde er am Morgen gefunden, in seine Zelle zurückgezogen und mit Ketten versehen.

Vermischtes.

— Der Segen des Himmels hat in Lorsch einen Küfermeister abermals beglückt, indem seine Frau (er lebt in dritter Ehe) ihm das sechsundzwanzigste Kind bescheerte.

— In Paris sind seit Kurzem Stoffe unter dem Namen „Zündnadel" in sogenannten Bismarckfarben (gelblich-braun) Mode und werden nicht nur von Damen, sondern auch von Herren stark getragen.

— In einem Florentiner Witzblatte wird Garibaldi als ein dreifacher Vogel abgebildet: als Krieger ist er ein Adler, als Wahlredner ein Papagei und als Kammermitglied ein Gänserich.

— Laut beglaubigtem Berichte über die Katastrophe, welche das Dorf Fairolo am Lago Maggiore betroffen, sind sechs dem Ufer zunächst liegende Häuser nebst Scheunen und Ställen von den Fluthen verschlungen worden. Die Zahl der dabei umgekommenen Personen wird auf 17 angegeben, wobei freilich die im Augenblicke des Einsturzes vielleicht zufällig am Orte des Unglückes anwesenden Fremden nicht mitgerechnet sind. Auch die Brücke, an der das Dampfschiff landete, ist mit vier Pferden, welche sich auf ihr befanden, in den See versunken. Bei den Nachforschungen an der eingestürzten Stelle kam das Senkblei mit 40 Metern noch nicht auf den Grund. Sämmtliche den Berg aufwärts gelegene Häuser sind von ihren Bewohnern verlassen. Ueber die Ursache des Unglücks ist man noch nicht einig. Nach den Einen ist das dortige Erdreich von einer unterirdischen Strömung unterwühlt, nach den Andern ist dasselbe nur angeschwemmt und hat sich infolge des Thau- und Regenwetters jetzt wieder von dem festen Grund und Boden gelöst. Uebrigens ist an jener Stelle schon im vergangenen Jahr ein Stück Erdreich in den See gestürzt.

Literarisches.

Die Kriege Preußens gegen Oesterreich von 1740 bis 1866 (Leipz. Carl Minde) heißt ein neues Werk des bekannten historischen Schriftstellers C. Göhring, das eben sehr zeitgemäß erscheint bei Abschluß einer der bedeutendsten Krisen in dem Verhältniß der beiden deutschen Großmächte, von denen aber die eine in diesem Augenblick weder deutsch ist noch Großmacht. Es liegt uns die erste der 20 Lieferungen vor, in welcher die Geschichtserzählung bis mitten in die Schlacht von Mollwitz geführt ist. Der Vortrag, namentlich die Schilderung der Schlacht, ist äußerst lebendig und anziehend. Der ganzen Darstellung liegt die Auffassung zum Grunde, daß alle Kriege Preußens gegen Oesterreich eine fortlaufende Kette von Entwicklungsphasen des großen deutschen Vaterlandes sind. Diese Auffassung ist so berechtigt, daß sie Gemeingut des ganzen Volkes werden sollte, denn der siebentägige Krieg war wohl nicht das letzte Wort Deutschlands gegen das neue Tschechen- und Magyaren-Reich, das Herr v. Beust an der Donau zusammenzukleben sucht. Es kann 50, es kann 100 Jahre dauern, bis sich der „verlassene Bruderstamm" in Oesterreich, Steyermark und Tyrol, in Böhmen und Mähren gegen das jetzt dort um sich greifende Tschechisiren und Magyarisiren der Deutschen regt, aber regen wird er sich, das ist sicher, und dann werden unsere Söhne oder Enkel wohl einen anderen Friedrich II., einen anderen König Wilhelm an ihrer Spitze finden, der eintritt für das „Recht der deutschen Nation zu athmen und sich zu bewegen."

Räthsel.

Die beiden ersten Sylben gelten viel
Im Militair sowohl, wie im Civil,
Minister, Feldherrn oft nach ihnen schaun,
Sie sind sogar beliebt bei allen Fraun.

Die dritte Sylbe ist nicht minder werth,
Wo man sie findet, wird sie hoch geehrt,
Bei jedem Deutschen nach der Väter Art
Wird sie noch jetzt mit Eifer stets gewahrt.

Das Ganze wird wohl überall gelobt,
Doch zeigt es sich nicht immer ganz erprobt,
Bei vielen Frauen steht es im Verruf,
Im Garten ist es rein, wie Gott es schuf.

L. B.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Wiedergesegelt am 26. März.
Glim, Phönix.
Gesegelt am 27. März.
1 Schiff m. Getreide.
Nichts in Sicht. Wind: S.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 27. März.

Weizen, 40 Last, 124pfd. fl. 550; 122.23pfd. fl. 577½; 125.26pfd. fl. 570—595; 128pfd. fl. 600—620; 128.29—130pfd. fl. 615—650 pr. 85pfd.
Roggen, 122.23pfd. fl. 363; 124.25pfd. fl. 368 pr. 81⅘pfd.
Kleine Gerste, 98pfd. fl. 288 pr. 72pfd
Weiße Erbsen, fl. 354—357 pr. 90pfd.

Meteorologische Beobachtungen.

26	4	336,22	+ 6,8	Süd mäßig, hell.
27	8	333,91	+ 3,0	do. do. nebelig.
	12	334,14	+ 5,2	do. do. trübe

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:
Schriftsteller Pohl u. Kaufm. Salomon a. Berlin.

Hotel de Berlin:
Fabrikbes. Kallmann a. Würzburg. Die Kaufleute Reinhardt a. Kaiserslautern, Hartmann a. Weissenburg u. Reins a. Berlin.

Hotel zum Kronprinzen:
Rittergutsbes. Heyer a. Schridlau. Die Kaufleute Rietz u. Nathan a. Berlin u. Kühne a. Rheydt.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:
Rittergutsbes. v. Palubicki a. Liebenhof. Rentier Bornhold a. Breslau. Die Kaufl. Glönert a. Leipzig, Michel a. Königsberg u. Stein a. Magdeburg.

Walter's Hotel:
Gutsbes. Schulz a. Mar bei Berent. Assecuranz-Inspektor Heinrich a. Berlin. Schiffs-Capitain Freytag a. Elbing. Die Kaufl. Jacobsohn a. Berent u. Rödisch aus Freienwalde.

Hotel du Nord:
Die Rittergutsbes. v. Tevenar a. Saalau, Plehn a. Morocżin u. v. Tevenar a. Domachau. Die Gutsbes. Pohlmann a. Fürstenwerder u. Thiede a. Marienburg. Kaufm. Hornung a. Magdeburg.

Hotel de Thorn:
Obrist u. Brigadier v. Zastrow a. Königsberg. Die Gutsbes. Büttner a. Lauban, Rudolphi a. Schmiedeberg u. Wessel a. Stüblau. Die Kaufl. Wienke a. Mewe u. Sempe a. Frankfurt.

Hotel d'Oliva:
Amtmann Wolff a. Madrow. Gutspächter Fischer a. Pomellen. Die Kaufl. Jacobsohn a. Berlin, Simon a. Königsberg, Friedrich a. Cöln a. R. und Meyer aus Elberfeld.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.